

Landtagswahlen im „Schatten“ von Bundestagswahlkämpfen: Welchen Einfluss hat der Wahltermin?

Ossip Fürnberg

Landtagswahlen waren längere Zeit nur in der ZParl Gegenstand wissenschaftlichen Interesses. Dies änderte sich, seit vor etwa zehn Jahren die Frage nach ihrer Eigenständigkeit beziehungsweise nach der Bedeutung von Bundeseinflüssen immer ausgiebiger diskutiert wurde.¹ Dass es einen Bundeseinfluss auf Landtagswahlen gibt, ist unstrittig, aber welches Ausmaß er tatsächlich annimmt, wird mit einem eindeutigen „es kommt darauf an“ beantwortet.² Auch politisch ist die Eigenständigkeit von Landtagswahlen durchaus brisant, wenn es um die Festlegung der Wahltermine und insbesondere um ihre Zusammenlegung geht. Um hierbei zu rationalen Entscheidungen zu kommen, muss näherer Aufschluss darüber erlangt werden, ob bei Landtagswahlen, die während des Bundestagswahlkampfes oder gleichzeitig mit Bundestagswahlen stattfinden, die Landespolitik für die Wahlentscheidung von geringerer Bedeutung ist als bei Landtagswahlen zu einem beliebigen anderen Zeitpunkt.

Wissenschaftliche Analysen von Landtagswahlen unter der besonderen Berücksichtigung des Bundeseinflusses haben diese Frage bisher weder theoretisch erhellt³, noch haben sie empirisch untersucht, wie der Zeitpunkt der Landtagswahl wirkt.⁴ Lediglich *Harald Schoen*

- 1 Vgl. *Charlie Jeffery / Daniel Hough*, The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics*, 10. Jg. (2001), H. 2, S. 73 – 98; *dies.*, Landtagswahlen: Bundestagswahlen oder regionalwahlen?, in: *ZParl*, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: *ZParl*, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 – 165; *Simone Burkhart*, Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000, in: *PVS*, 46. Jg. (2005), H. 1, S. 17 – 38; *Kai-Uwe Schnapp*, Landtagswahlen und Bundespolitik: immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatdatenbasis, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 463 – 480; *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008; *Kerstin Völkl*, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990–2006, Baden-Baden 2009.
- 2 Vgl. *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1); *Kerstin Völkl*, a.a.O. (Fn. 1).
- 3 Vgl. *Harald Schoen*, Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 63 – 92; *Markus Steinbrecher / Eva Wenzel*, Wählen für Berlin oder wählen für Schwerin? Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: ebenda, S. 335 – 360; *Karlheinz Reif / Hermann Schmitt*, Nine Second-order Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, 8. Jg. (1980), H. 1, S. 3 – 44.
- 4 Vgl. *Reiner Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlen, in: *PVS*, 18. Jg. (1977), H. 2, S. 348 – 359; *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, a.a.O. (Fn. 1); *Simone Burkhart*, a.a.O. (Fn. 1); *Ivar Krumpal / Heiko Raubut*, Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuelle Wahlentscheidungen in der BRD? Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen (1996–2000), Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig, Nr. 45, Leipzig 2006.

fand auf der Grundlage von Umfragen zu bayerischen Landtagswahlen Indizien dafür, dass der Bundeseinfluss umso größer ist, je weiter die Landtagswahlen von der jeweiligen Bundestagswahl entfernt waren.⁵

1. Hypothesen: Landtagswahlen im „Schatten“ des Bundestagswahlkampfes

Seit der Vereinigung Deutschlands haben 89 Landtagswahlen stattgefunden, durchschnittlich also mehr als vier pro Jahr, mit der Folge, dass sie im täglichen politischen Geschehen fast allgegenwärtig sind. Die andauernde Präsenz von Wahlen, so die Unterstellung im öffentlichen Diskurs, bleibe nicht ohne Wirkung auf das Handeln der Bundesregierung, die mit Blick auf Landtagswahlen Rücksicht auf die eigenen Landesparteien nehme – zuletzt 2012 im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Dieser Vermutung liegt die Annahme zugrunde, dass es einen wesentlichen Einfluss der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen gebe, der sich auch in der entsprechenden Antizipation bei Bundespolitikern zeige.

Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass während des Bundestagswahlkampfes die Bundespolitik wesentlich präsenter ist als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Wahlperiode.⁶ Sie überstrahlt zu dieser Zeit die Landespolitik nicht nur durch ihre Wichtigkeit, sondern auch deutlich über das Normalmaß an Sichtbarkeit. Die Bedeutung der Bundesebene sollte demnach verstärkend auf den Effekt des Wahlkampfes wirken. Folglich müsste der Einfluss der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen überdurchschnittlich groß sein, wenn die Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf oder am selben Tag wie die Bundestagswahl abgehalten werden.

Hypothese 1: Bei Landtagswahlen, die im Bundestagswahlkampf oder gleichzeitig mit Bundestagswahlen stattfinden, wirken bundespolitische Einflussfaktoren im Vergleich zu landespolitischen stärker auf die Wahlentscheidung als bei Landtagswahlen zu einem beliebigen anderen Zeitpunkt in der Legislaturperiode.

Für den Effekt des Bundestagswahlkampfes sollte entscheidend sein, ob es einer Landespartei gelingt, sich von ihrer Bundesorganisation abzugrenzen und für die Wähler mit eigenständigen Persönlichkeiten oder Inhalten sichtbar zu werden. Eine wichtige Ressource in diesem Zusammenhang ist die Regierungsbeteiligung im Land. Tatsächlich deuten die jüngsten Ergebnisse von Individualdatenanalysen darauf hin, dass die Regierungskonstellationen in Bund und Land eine Wirkung auf die Wahlwahrscheinlichkeit einer Partei bei Landtagswahlen haben.⁷ Diese Ergebnisse sind für eine Große Koalition im Bund und somit für die letzten fünf Landtagswahlen, die im Bundestagswahlkampf stattfanden, generalisierbar. Die Wahlentscheidung für eine Partei ist dann stärker landespolitisch geprägt, wenn sie an der Landesregierung beteiligt ist. Ist eine Partei nicht an der Landesregierung beteiligt, regiert

5 Vgl. Harald Schoen, a.a.O. (Fn. 3), S. 83.

6 Vgl. Hanna Kaspar, Bundestagswahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, in: Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 263 – 286.

7 Vgl. Kerstin Völkl, a.a.O. (Fn. 1).

aber im Bund, dann wiegt die Bundespolitik stärker für die Wahlentscheidung.⁸ Demnach wäre zu erwarten, dass auch bei Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf der Einfluss der Regierungskonstellationen moderierend auf die Bedeutung der Ebenen für die Wahlentscheidung durchschlagen könnte.

Hypothese 2: Der Bundeseinfluss auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen während des Bundestagswahlkampfes zeigt sich stärker für Parteien, die nicht an der Landesregierung beteiligt sind.

Die Möglichkeit einer Landespartei, größere Sichtbarkeit gegenüber ihrer Bundesorganisation im Bundestagswahlkampf zu erreichen, sollte darüber hinaus von der Größe der Parteiorganisation und der Anhängerschaft abhängen. Deswegen sollte die Wahl kleiner Parteien stärker vom Effekt des Bundestagswahlkampfes betroffen sein als die Wahl großer Parteien.

Hypothese 3: Der Bundeseinfluss auf Landtagswahlverhalten im Bundestagswahlkampf ist bei kleinen Parteien stärker als bei großen.

2. Untersuchungszeitraum und Fallauswahl

Für die Eingrenzung der Untersuchungseinheiten ist es wichtig festzulegen, ab wann Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf liegen und bei welchen dies in der Vergangenheit der Fall war. Der tatsächliche Wahlkampfstart differiert nach Parteien und zu den verschiedenen Bundestagswahlen. Häufig werden auch schon einige Zeit vor der Wahl Handlungen der politischen Akteure mit Blick auf die kommende Bundestagswahl gedeutet, so dass wohlinformierte Wähler schon dann die Bundespolitik mit gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgen könnten. Die freie Erhebung des Wahlkampfstarts gestaltet sich durch die Einzigartigkeit jeder Wahl als sehr aufwändig und schwierig. Hier sollen daher formale Kriterien herangezogen werden, um den Kampagnenzeitraum für alle Parteien bei allen Wahlen verbindlich abzugrenzen.

(1) Laut Bundeswahlgesetz (BWahlG) mussten bisher Kreiswahlvorschläge und Landeslisten bis zum 66. Tag vor der Wahl jeweils beim Kreis- beziehungsweise Landeswahlleiter eingereicht werden.⁹ Nach einer Widerspruchsmöglichkeit für abgelehnte Wahlvorschläge müssen Landeslisten und Kreiswahlvorschläge spätestens bis zum 48. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt gemacht werden.¹⁰ Diese Fristen sind seit dem ersten BWahlG von 1956 unverändert.¹¹ Die offizielle Zulassung der Bewerber ist ein mögliches Kriterium für die Bestimmung des Wahlkampfbeginns.

(2) Einen weiteren Anhaltspunkt für die zeitliche Eingrenzung stellt der durch das Medienrecht festgelegte Zeitraum dar, in dem Medienanstalten Sendezeit für die Wahlwerbung der Parteien bereitstellen müssen. Zwar liegt das Medienrecht in der Kompetenz der Länder,

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. Bundeswahlgesetz in der Fassung vom 18. Juli 2008, § 19.

10 Vgl. ebenda § 26, § 28.

11 Vgl. Bundeswahlgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1956.

aber eine einheitliche Empfehlung der Landesmedienanstalten sieht vor, Wahlwerbesendungen zwischen dem 31. und vorletzten Tag vor der Wahl auszustrahlen.¹²

Demnach ließe sich der Anfang des Wahlkampfes, je nach Kriterium, formal auf ein bis zwei Monate vor der Wahl einschränken. Tabelle 1 zeigt die bisherigen Landtagswahlen im entsprechenden Zeitraum und zusätzlich jene, die mit bis zu zwei Monaten nach der Bundestagswahl zwar nicht im Wahlkampf aber dennoch in Bundestagswahlhöhe stattgefunden haben. Außerdem sind noch die dazugehörige Wahlperiode des Bundestages enthalten und ob die Landtagswahlen vor, mit oder nach der jeweiligen Bundestagswahl stattfanden. Auffällig ist, dass vor der Vereinigung lediglich fünf Landtagswahlen in diesen Viermonatszeitraum um die Bundestagswahl fielen, von denen vier nicht im Wahlkampf, sondern erst nach der Bundestagswahl stattfanden. 1953, 1957 und 1961 hat lediglich Hamburg regelmäßig in Bundestagswahlhöhe gewählt. Erst durch die vorgezogene Bundestagswahl 1983 wählte Rheinland-Pfalz parallel, Schleswig-Holstein kurz nach der Bundestagswahl. Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf sind damit erst seit 1990 ein mit Regelmäßigkeit auftretendes Phänomen. Mit der deutschen Einheit fielen dann zu Anfang alle neuen Länder und Bayern in die Nähe des Bundestagswahltermins. Aufgrund der Dauer der Wahlperioden in Bund und Land wählten auch 1994 alle ostdeutschen Länder außer Berlin und Sachsen-Anhalt sowie Bayern und das Saarland vor und mit der Bundestagswahl. Bedingt durch die Verlängerung der Wahlperiode in einigen Bundesländern und die vorgezogene Bundestagswahl 2005 gab es zwischen 1998 und 2005 kaum Überschneidungen der Wahlkampfzeiten in Bund und Land. Erst 2009 fielen gleich fünf Landtagswahlen wieder in die Nähe der Bundestagswahl, wobei der Termin in Schleswig-Holstein vorgezogen war. Nach aktuellem Stand könnte 2013 Bayern im Bundestagswahlkampf seinen nächsten Landtag wählen. Dass so viele Wahlen nach der Vereinigung in die Zeit eines Bundestagswahlkampfes fielen, ist eine Folge unterschiedlich langer Wahlperioden im Bund und in den Ländern sowie vorgezogener Wahlen. Dies gilt auch für 2009, da die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen seit 1990 nahezu zusammenfallen. So hatten diese Länder bereits 1990 und 1994 im hier interessierenden Zeitraum gewählt, sowie das Saarland 1994. Durch den eingeführten fünfjährigen Zyklus und die vorgezogene Bundestagswahl 2005 fielen sie 2009 wieder mit einer Bundestagswahl zusammen.

Tabelle 1: Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf

BT-Wahlperiode	2	3	4	10	12	13	14	15	17	Summe (fortlaufend)
BTW	1953	1957	1961	1983	1990	1994	1998	2002	2009	
LTW am selben Tag				1	1	3	1	1	2	9
LTW 1 Monat vor / nach der BTW				0/+1		+1/0	+1/0	0/0	+3/0	5/9/1
LTW 2 Monate vor / nach der BTW	0/+1	0/+1	0/+1	0/0	+6/0	+2/0	0/0	0/0	0/0	13/9/4
Summe	1	1	1	2	7	6	2	1	5	26

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Landeswahlleiters.

12 Vgl. Landesmedienanstalten (Hrsg.), Rechtliche Hinweise der Landesmedienanstalten zu den Wahlsendezeiten für politische Parteien im bundesweit verbreiteten Rundfunk vom 11. November 2008.

Für die weitere Analyse wird auf die vier Landtagswahlen, die nach den Bundestagswahlterminen stattfanden, nicht weiter eingegangen, da sich der Wahlkampf auf den Zeitraum vor der Wahl beschränkt. Des Weiteren wird die Wahl 1983 sowie die sieben Landtagswahlen aus dem Jahr 1990 auf Grund der besonderen Prägung durch den Prozess der deutschen Vereinigung nicht einbezogen, so dass die Landtagswahlen in Bayern (1994, 1998), Brandenburg (1994, 2009), Mecklenburg-Vorpommern (1994, 1998, 2002) dem Saarland (1994, 2009), Sachsen (1994, 2009), Schleswig-Holstein (2009) und Thüringen (1994, 2009) als Wahlen mit potentiellen Wahlkampfeffekten der Bundesebene in Frage kommen. Als Vergleichsgruppe werden alle weiteren Landtagswahlen in den genannten Bundesländern nach 1990 einbezogen.¹³

3. Bisherige empirische Ergebnisse zu Landtagswahlen im „Schatten“ von Bundestagswahlen

Beim Überblick über die bisherigen Ergebnisse zu den ausgewählten Ländern wird neben Analysen zusätzlich eine Medienereignisdatenbank¹⁴ verwendet, die im DFG-Projekt „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen“ erstellt wurde.¹⁵ Die herangezogenen Quellen unterscheiden sich deutlich bezüglich der Fundierung der getroffenen Aussagen zum ebenspezifischen Einfluss auf das Wahlverhalten.

Unter den Ländern, in denen Landtagswahlen durch den Bundestagswahlkampf mutmaßlich hätten beeinflusst werden können, sticht Mecklenburg-Vorpommern besonders heraus. Dort wurde 1990 49 Tage vor und bei den folgenden drei Landtagswahlen am Tag der Bundestagswahl gewählt. Folglich wurde bei der Interpretation der Wahlergebnisse auch immer auf einen möglichen Bundeseinfluss eingegangen. *Markus Steinbrecher* und *Eva Wenzel* kommen zu dem Schluss, dass es eine deutliche Konfundierung der Wahlentscheidungen durch bundespolitische Einstellungen für alle Parteien mit Ausnahme der PDS bei den Wahlen zwischen 1994 und 2002 gab.¹⁶ Nach 16 Jahren fand 2006 erstmals wieder eine Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht am selben Tag wie eine Bundestagswahl statt, ohne dass Hinweise auf ein deutliches Ende der bundespolitischen Durchdringung erkennbar sind.¹⁷ Die Wahlkommentare der Ereignisdatenbank unterstützen diese Einschätzungen.

13 Die Landtagswahlstudien sind unter folgenden ZA-Nummern vom Datenarchiv für Sozialwissenschaften zu beziehen: ZA2302, ZA2506, ZA2507, ZA2508, ZA2510, ZA2511, ZA2513, ZA2915, ZA3167, ZA3168, ZA3435, ZA3864, ZA3895, ZA3896, ZA3897, ZA3898, ZA3955, ZA3991, ZA3992, ZA3993, ZA3994, ZA4394, ZA4511, ZA4870, ZA5375, ZA5377, ZA5379, ZA5381, ZA5383.

14 Die Ereignisdatenbank enthält Ereignisse, die aus der Berichterstattung von FAZ und SZ eine Woche vor und nach einer Landtagswahl als wahrelevant eingestuft wurden. Zusätzlich zu der Ereigniscodierung existiert für jede Wahl eine kurze Zusammenfassung und Einschätzung der wichtigsten Ereignisse.

15 Vgl. *Kai-Uwe Schnapp* / *Anne Roewer*, Codebuch und Dokumentation zur Datenbank „Landtagswahlbeeinflussende Ereignisse“, Halle (Saale) 2008.

16 Vgl. *Markus Steinbrecher* / *Eva Wenzel*, a.a.O. (Fn. 3).

17 Vgl. *Nikolaus Werz* / *Steffen Schoon*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006. Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 67 – 83.

Für das Saarland stellt *Hanna Kaspar* fest, dass die Landtagswahlen in der Regel stärker durch die Landespolitik bestimmt sind.¹⁸ Allerdings ist eine Überlagerung durch die Bundespolitik bei der Wahl 1994 erkennbar, die nicht nur mit der Bundestagswahl zusammenfiel, sondern bei der auch die Spitzenkandidaten von SPD und CDU, *Oskar Lafontaine* und *Klaus Töpfer*, auf der Bundesebene sehr aktiv waren. Für die Wahl 2009 bemerkt *Jürgen R. Winkler*, dass eher die Landespolitik von Bedeutung war, insbesondere die Möglichkeit einer Landesregierung aus SPD und Linke.¹⁹ Interessanterweise finden sich in den Kurzkomentaren der Medienereignisdaten hauptsächlich Hinweise auf bundespolitische Einflussfaktoren. So steht die Wahl 1990 unter dem Einfluss der deutschen Einheit, 1994 findet parallel die Bundestagswahl statt, die Wahl 1999 ist durch einen innerparteilichen Streit zwischen Ministerpräsident *Reinhard Klimt* und Bundeskanzler *Gerhard Schröder* über die Rentenreform geprägt, und 2004 wird die Medienberichterstattung durch Hartz IV bestimmt.

Brandenburg gilt als ein Land, dessen Wahlen bis 2004 hauptsächlich landespolitisch dominiert waren, wobei die Deutlichkeit 2004 nachließ.²⁰ Ausgerechnet bei der Landtagswahl 1994, die einen Monat vor der Bundestagswahl stattfand, stellen *Viktoria Kaina* und *Tilo Görll* den stärksten Landeseffekt fest. *Oskar Niedermayer* beurteilt die Wahl 2009 tendenziell ähnlich: Obwohl es durch die zeitgleiche Wahl in Bund und Land Überlagerungen gab, war doch die Landespolitik insgesamt wichtiger für die Wahlentscheidung.²¹ Auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg zeichnen die Medienereignisdaten eher ein Bild starker bundespolitischer Einflüsse.²² Durch die ähnlich gelegenen Termine ist die Berichterstattung von den gleichen Themen geprägt wie zu den saarländischen Landtagswahlen.

Für Bayern konstatiert *Schoen*, dass die Einstellungen zu Bundesobjekten zwar kaum eigenständige Erklärungskraft haben, auf Grund von Konfundierungsproblemen der Bundeseffekt tendenziell aber eher unterschätzt werde.²³ Bayern wählte 1990, 1994 und 1998 kurz vor den Bundestagswahlen. *Schoen* findet allerdings, dass bundespolitische Effekte „mit wachsender Entfernung zu einer Bundestagswahl sogar eher zu- als abnehmen“. Eine Analyse der Landtagswahl 2008 bescheinigt den Wählern hauptsächlich landespolitische Motive bei ihrer Entscheidung.²⁴ Wahlkommentare der Ereignisdatenbank weisen darauf hin, dass in den Jahren 1998 und 2003 der Bundeseinfluss überdurchschnittlich groß gewesen sein könnte.²⁵

Bisherige Ergebnisse zu den Landtagswahlen in Sachsen für den Zeitraum zwischen 1994 und 2004 deuten darauf hin, dass der Bundeseinfluss nicht nach dem Wahltermin, sondern eher über die verschiedenen Parteien variiert. Dabei scheint die Zugehörigkeit zur Bundes-

18 Vgl. *Hanna Kaspar*, a.a.O. (Fn. 6).

19 Vgl. *Jürgen R. Winkler*, Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009. Auf dem Weg nach Jamaika, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 339 – 355.

20 Vgl. *Viktoria Kaina / Tilo Görll*, „Wir in Brandenburg“ – und dann eine Weile nichts? Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen in Brandenburg, in: *Kerstin Völkel / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 311 – 334.

21 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Die brandenburgische Landtagswahl vom 27. September 2009. Die Landes-SPD trotz dem Bundestrend, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 356 – 372.

22 Ereignisdaten 2008.

23 Vgl. *Harald Schoen*, a.a.O. (Fn. 3).

24 Vgl. *Rainer-Olaf Schultze / Jan Grasnack*, Die bayerische Landtagswahl vom 28. September. Betriebsunfall oder das Ende eines Mythos?, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 1, S. 43 – 55.

25 Ereignisdaten 2008.

regierung eine entscheidende Rolle zu spielen.²⁶ Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2009 sieht *Eckhard Jesse* eher einen landespolitisch bestimmten Wahlkampf, wobei die FDP von der bundespolitischen Stimmung profitierte.²⁷ In der Ereignisdatenbank finden sich Hinweise dafür, dass besonders die Wahlen 1994 und 1999 durch den beliebten Ministerpräsidenten *Kurt Biedenkopf* geprägt wurden.²⁸

Da Schleswig-Holstein 2009 seit 1983 das erste Mal in zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl wählte, findet sich in *Michael F. Mefferts* Analyse für die Landtagswahlen zwischen 1987 und 2005 lediglich der Hinweis, dass die Wahl 2005 als Test für die Bundesebene galt.²⁹ *Patrick Horst* schätzt den Bundeseinfluss tendenziell höher ein und stellt fest, dass vom parallelen Wahlkampf in Land und Bund 2009 FDP und CDU profitierten.³⁰ Laut Ereignisdatenbank wird den Wahlen zwischen 1992 und 2000 ein deutlicher bundespolitischer Einfluss zugeschrieben.³¹ Dieser wird 1992 sowohl an einem Skandal um den früheren Ministerpräsidenten und Bundesverteidigungsminister *Gerhard Stoltenberg* als auch an dem Spitzenkandidaten der SPD *Björn Engholm*, der als nächster Kanzlerkandidat gehandelt wurde, und 2000 am CDU-Spitzenkandidaten *Volker Rübe*, der Bundesminister war, aber auch an der CDU-Parteispendenaffäre festgemacht.

Ulrich Eith und *Christian Zettl* bemerken bei Landtagswahlen in Thüringen eine Loslösung von der Bundespolitik seit 1999.³² Allerdings schätzen sie die Bedeutung landespolitischer Prädiktoren für die Wahlentscheidung als weniger wichtig ein. Die Kommentare zu den Wahlen in den Medienereignisdaten stützen die Feststellung, dass seit der Wahl 1999 landespolitische Themen verstärkt den Wahlkampf bestimmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bisherige Analysen zu einzelnen Ländern bezüglich des Bundeseinflusses unklare Bilder liefern. Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder das Saarland stützen eher die Hypothese, dass der Bundeseinfluss bei Landtagswahlen, die kurz vor oder mit der Bundestagswahl stattfinden, größer ist als bei anderen Wahlen. Ergebnisse zu Thüringen oder Bayern legen aber eher einen gegensätzlichen Befund nahe. Außerdem scheint es mit Brandenburg ein Land zu geben, für das der Bundestagswahlkampf bisher kaum eine Rolle gespielt hat. Ein Vergleich der verschiedenen Ergebnisse ist aber mit Vorsicht anzustellen, da sie einerseits auf vielfältigen Analysen und Datengrundlagen beruhen und andererseits unterschiedliche Fragestellungen im Fokus der Untersuchungen standen.

26 Vgl. *Anja Mays*, Bundespolitische Effekte oder regionale Besonderheiten? Zum Einfluss der Bundespolitik auf sächsische Landtagswahlen, in: *Kerstin Völkl | Kai-Uwe Schnapp | Everhard Holtmann | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 259 – 380.

27 Vgl. *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009. Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 322 – 339.

28 Ereignisdaten 2008.

29 Vgl. *Michael F. Meffert*, Wenn Affären Wellen schlagen. Zum Einfluss der Landes- und Bundespolitik auf das Wahlverhalten in Schleswig-Holstein, in: *Kerstin Völkl | Kai-Uwe Schnapp | Everhard Holtmann | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 287 – 308.

30 Vgl. *Patrick Horst*, Die schleswig-holsteinische landtagswahl vom 27. September 2009. Ministerpräsident auf Abruf kann nach vorgezogener Neuwahl schwarz-gelbe Wunschkoalition bilden, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 372 – 389.

31 Ereignisdaten 2008.

32 Vgl. *Ulrich Eith | Christian Zettl*, Die Landtagswahlen in Thüringen unter bundespolitischem Einfluss? Aspekte einer unübersichtlichen Situation, in: *Kerstin Völkl | Kai-Uwe Schnapp | Everhard Holtmann | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 411 – 430.

4. Operationalisierung

Zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens bei Landtagswahlen hat sich, wie bei Bundestagswahlen, das Michigan-Modell durchgesetzt.³³ Danach kann – in der verkürzten Darstellung ohne vollständigen Kausalitätstrichter – das Wahlverhalten auf langfristige und kurzfristige Faktoren zurückgeführt werden, wobei die Parteiidentifikation und Themenbeziehungswise Kandidatenorientierungen als wichtigste Langfrist- und Kurzfristfaktoren gelten. Problematisch ist, dass dieses Modell nicht für die Erklärung des Wahlverhaltens bei Landtagswahlen konzipiert wurde und nicht auf die Verflechtung mit der Bundesebene Bezug nimmt. Geht man davon aus, dass die Bundesebene die wichtigste politische Ebene in Deutschland ist und Bund und Länder in einer starken Verbindung stehen, dann ist es unerlässlich neben den landespolitischen Kandidaten- und Themenorientierungen auch die bundespolitischen aufzunehmen.³⁴ Diese Orientierungen bezüglich der beiden Ebenen können sich durchaus gegenseitig beeinflussen. In diesem Zusammenhang unterscheidet *Harald Schoen* zwischen direkten und indirekten Bundeseffekten auf das Verhalten bei Landtagswahlen.³⁵ Während direkte Bundeseffekte messbar sind, ist dies bei indirekten Effekten nicht möglich, was in der Empirie zu Konfundierungsproblemen führt.

Obwohl so viele Faktoren wie möglich auf beiden Ebenen zur Erklärung des Wahlverhaltens herangezogen werden sollten, beschränken sich die folgenden Modelle, ähnlich wie schon die einschlägige Dissertation von *Kerstin Völkel* auf die Parteiidentifikation und die Bewertungen der Parteien.³⁶

Den obigen Ausführungen folgend werden Wahlabsicht, Parteiidentifikation, Bewertungen von Landes- und Bundesparteien sowie die Regierungsbeteiligung in die Analyse einbezogen. Die Wahlabsicht wurde jeweils in dichotome Variablen codiert, die anzeigen, ob ein Befragter die entsprechende Partei wählen werde oder nicht. Nichtwähler oder Verweigerer werden ebenfalls berücksichtigt, insofern sie nicht als Wähler der jeweiligen Partei gelten. Diese Operationalisierung kann für alle Länder verwendet werden außer für Bayern. Dort gehen sowohl Stimmkreis- als auch Wahlkreisstimme gleichwertig in die proportionale Verteilung von Mandaten ein. Aus diesem Grund ist die Beschränkung auf eine der Stimmen, wie sie *Schoen* vornimmt, nicht zielführend.³⁷ Daher sollen wie bei der Stimmverrechnung beide Stimmen gleichwertig in die abhängigen Variablen einfließen. Ein CSU-Wähler ist also ein Befragter, der mit der Stimmkreis- oder der Wahlkreisstimme die CSU wählen würde.

33 Vgl. *Kerstin Völkel* / *Kai-Uwe Schnapp* / *Everhard Holtmann* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1); *Kerstin Völkel*, a.a.O. (Fn. 1).

34 Vgl. *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann*, Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 445 – 462.

35 Vgl. *Harald Schoen*, a.a.O. (Fn. 3).

36 Vgl. *Kerstin Völkel*, a.a.O. (Fn. 1). Zur Diskussion über die praktische Übertragung des Michigan-Modells vgl. *Ossip Fürnberg* / *Kai-Uwe Schnapp*, Magdeburger Modell und „rote Laterne“: Wählen in Sachsen-Anhalt, in: *Kerstin Völkel* / *Kai-Uwe Schnapp* / *Everhard Holtmann* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 381 – 410; *Markus Klein* / *Dieter Ohr*, Bundestagswahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, in: ebenda, S. 219 – 238.

37 Vgl. *Harald Schoen*, a.a.O. (Fn. 3).

Die Parteiidentifikation wurde auch in jeweils eine Variable pro Partei umcodiert. Sie berücksichtigt die Stärke der Neigung zu der jeweiligen Partei. Befragte, die keiner Partei zuneigen, wurden mit dem Wert 0 codiert. Befragte, die anderen Parteien anhängen, bekamen negative Werte entsprechend der Stärke ihrer Neigung zu der anderen Partei. Befragten, die lediglich berichteten, dass sie einer Partei zuneigen, aber nicht in welchem Ausmaß, wurde eine mäßige Parteineigung unterstellt.

Die Bewertungen der Landes- und Bundesparteien enthalten fehlende Werte. Bei der Modellschätzung kann es dadurch mitunter zu einem Einbruch der Fallzahlen kommen. Problematisch ist darüber hinaus auch der Verlust von Fällen, die zu einem Objekt einer bestimmten Ebene keine Einstellung angegeben haben. Demzufolge kann von diesem Objekt für solche Befragte auch kein Einfluss auf die Wahlentscheidung ausgehen. Da Nichteinstellungen erwartungsgemäß häufiger zu den Landesparteien auftreten, würde bei einer Nichtberücksichtigung der Landeseffekt überschätzt, weil Personen ohne diese Einstellungen unberücksichtigt blieben. *Martin Kroh* empfiehlt für fehlende Werte, deren Ursache weder Erwünschtheit noch eine Verletzung der Privatsphäre oder Nichtwissen ist, eine zufällige Imputation, die der Verteilung der übrigen Werte folgt.³⁸

Die Regierungsbeteiligung wurde in einer Variablen mit den Ausprägungen „keine Regierungsbeteiligung“, „Landesregierungsbeteiligung“, „Bundesregierungsbeteiligung“ und „Landes- und Bundesregierungsbeteiligung“ abgebildet.

5. Modellentwicklung

In einem ersten Schritt sollten Bundes- und Landeseinflüsse isoliert gemessen und verglichen werden. In einem zweiten Schritt sollte überprüft werden, ob bei den Landtagswahlen, die im Bundestagswahlkampf stattfinden, der Bundeseinfluss größer ist. Eine isolierte Messung von Bundes- beziehungsweise Landeseinflüssen ist aber praktisch unmöglich, weil die Einstellungen zu beiden Ebenen sehr stark korrespondieren. Dafür ist nicht nur die Parteiidentifikation als vorgelagerter Faktor der Wahlentscheidung ursächlich, sondern auch die generell schwierige Zuordnung der ebenspezifischen Einstellungen. Folglich wird von einer Typologisierung der einzelnen Wahlen je nach bundespolitischer Durchdringung, wie sie von *Ossip Fürnberg* und *Kai-Uwe Schnapp* sowie von *Kerstin Völkl* vorgenommen wurde, abgesehen.³⁹ Stattdessen soll mittels doppelter Differenzenbildung untersucht werden, inwieweit sich das Gewicht einer Ebene für Landtagswahlentscheidungen mit und ohne Bundestagswahlkampf unterscheidet.

38 Vgl. *Martin Kroh*, Taking 'don't knows' as Valid Responses: A Complete Random Imputation of Missing Data, DIW Discussion Papers 442, 2004. Wenn Fälle mit Nichteinstellungen gelöscht oder mittels weiterer Informationen durch einen plausiblen Wert imputiert werden, liegen die geschätzten Parameter mitunter weit neben den tatsächlichen. Nichteinstellungen dürften aber keinen Effekt auf die abhängige Variable haben. Bei einer Imputation der Nichteinstellungen durch zufällige Werte der Verteilung wird sichergestellt, dass auch im Modell für diese Befragten kein Zusammenhang zwischen den Nichteinstellungen und der abhängigen Variable besteht. Als Konsequenz wird der Modellfit schlechter. Es handelt sich damit bei der zufälligen Imputation um eine durchaus konservative Methode, die verhindert, dass Zusammenhänge auf Grund fehlender Informationen überschätzt werden und dass Nichteinstellungen auch inhaltlich als solche behandelt werden.

39 Vgl. *Ossip Fürnberg* / *Kai-Uwe Schnapp*, a.a.O. (Fn. 36); *Kerstin Völkl*, a.a.O. (Fn. 1).

Die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen entspricht nicht der Voraussetzung der Unabhängigkeit irrelevanter Alternativen⁴⁰, so dass separate binär-logistische Regressionen zur Erklärung der Wahl einer bestimmten Partei bei einer Landtagswahl berechnet werden. Bei dieser Vorgehensweise ist eine Isolierung von Bundes- und Landeseinflüssen aufgrund der hohen Korrelationen zwischen Variablen der Ebenen schwer möglich.⁴¹ Allerdings erscheint eine Eingrenzung der Einflüsse mit Hilfe von maximalen und minimalen Varianzaufklärungspotentialen zielführend.⁴² Weiterhin bleibt das Problem, dass aus minimalen und maximalen Varianzaufklärungspotentialen wegen der enormen Konfundierung der Erklärungsfaktoren nicht auf ein Übergewicht der Erklärungskraft einer Ebene geschlossen werden darf, auch wenn dies in der Praxis häufig geschieht⁴³, weil die Ursachen für die gemeinsam erklärte Varianz unklar sind. Außerdem ist auch die Vergleichbarkeit der Wahlen, die hier im Fokus steht, durch die unterschiedliche Aufklärungskraft der Gesamtvarianz bei unterschiedlichen Wahlen nicht gewährleistet. Beides kann durch eine Subtraktion der minimalen beziehungsweise maximalen Varianzaufklärungspotentiale von Bundes- und Landesfaktoren und einer Normierung an der Gesamtaufklärungskraft behoben werden. Dafür ist die Berechnung von drei Modellen für jede Partei bei einer Wahl notwendig. Bundes- (B) und Landesmodell (L) enthalten lediglich die Parteiidentifikation und die jeweiligen ebenenspezifischen Parteibewertungen. Das Gesamtmodell (G) enthält die Parteiidentifikation sowie die Parteibewertungen beider Ebenen. Für jede Partei bei einer Wahl ergibt sich dann ein Wert, der als Differenz der minimalen prozentualen Verbesserung der Modellgüte durch die jeweilige Ebene interpretiert werden könnte. Diese Kennzahl ist aber für sich genommen nicht aussagekräftig, sondern muss immer in Relation zu einem Vergleichsmaßstab gesehen werden; in diesem Fall werden andere Wahlen in einem Bundesland herangezogen. Die Differenz der Aufklärungspotentiale ist also nicht so interpretierbar, dass auf die Höhe des Bundes- beziehungsweise Landeseinflusses geschlossen werden darf. Es ist lediglich anzunehmen, dass, wenn diese Differenz größer ist, auch der Einfluss einer der Ebenen größer beziehungsweise kleiner ist. Der ermittelte Wert ist für minimale und maximale Varianzaufklärungspotentiale identisch.⁴⁴ Eine konkrete Einschätzung, ob Bundes- oder Landeseinflüsse bei der Wahl einer Partei überwogen, ist dann zwar immer noch nicht möglich, ein Vergleich, ob bei einer Gruppe von Wahlen die Einstellungen zu einer Ebene wichtiger waren als bei einer anderen, jedoch schon.

Nach diesem Verfahren kann eine sinnvolle Analyse nur für Parteien in einem Land durchgeführt werden, wenn für die jeweilige Partei sowohl Landes- als auch Bundesskalometer zu mindestens einer Wahl ohne und zu mindestens einer Wahl mit Bundestagswahl-nähe vorliegen. Ausgeschlossen werden müssen folglich die Linke beziehungsweise PDS in Bayern, in Schleswig-Holstein und im Saarland, weil dort Einstellungen zu dieser Partei nur bei den letzten Landtagswahlen abgefragt wurden. Ebenfalls unvollständige Einstellungen liegen für die PDS bei den Landtagswahlen 1994 in Brandenburg und Sachsen sowie für die

40 Vgl. ebenda.

41 Dies gilt auch, obwohl stichprobenartige Multikollinearitätstests nicht bedenklich ausgefallen sind.

42 Vgl. Jürgen Maier / Hans Rattinger, Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Arbeitsbuch mit Beispielen aus der Politischen Soziologie, München 2000.

43 Vgl. Kerstin Völkel / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1).

44 $(L/G)-(B/G)=((G-B)/G)-((G-L)/G)$ wobei L/G und B/G die normierten maximalen und $(G-B)/G$ und $(G-L)/G$ die normierten minimalen Varianzaufklärungspotentiale sind.

FDP und die Grünen bei den Wahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 1999 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen vor. Insgesamt gehen 122 Fälle in die Analyse ein, wobei ein Fall der Analyse der Wahlentscheidung zu Gunsten einer Partei bei einer Wahl entspricht.

6. Der Einfluss des Bundestagswahlkampfes auf die Landtagswahlen nach 1990

Der beschriebenen Vorgehensweise folgend wurden Landes-, Bundes- und Gesamtmodell für alle Parteien und Wahlen berechnet und die Differenzen der prozentualen Verbesserung der Modellgüte durch Landes- und Bundesindikatoren gebildet. Anschließend wurde ein Vergleich dieser Werte für die ausgewählten Fälle nach dem Kriterium der Bundestagswahl-nähe durchgeführt und in Tabelle 2 abgetragen. Negative Werte weisen auf einen vergleichsweise niedrigeren Landeseinfluss bei parallelen Wahlen hin und unterstützen Hypothese 1, während positive Werte eher gegen sie sprechen.⁴⁵

Darüber hinaus muss auch wiederholt werden, dass die berechneten Modelle aufgrund der Datenlage nicht alle für die Wahlentscheidung relevanten Variablen enthalten und besonders mit der Kandidatenorientierung eine wesentliche Determinante des individuellen Wahlverhaltens nicht berücksichtigt werden konnte. Insofern sind die Ergebnisse als Tendenzaussagen zu interpretieren.

Dennoch sind die Ergebnisse bezüglich der Hypothesen – mit einiger Ambivalenz – deutlich. Bei der Betrachtung aller Parteien zu den ausgewählten Wahlen spricht ein Wert von -2,9 für einen überdurchschnittlichen Bundeseinfluss, wenn Landtagswahlen in Bundestagswahl-nähe durchgeführt wurden. Die Differenz der zusätzlichen anteilmäßigen Modellverbesserung von Landes- und Bundeseinflüssen verändert sich um 2,9 Prozentpunkte zugunsten des Bundeseinflusses. Insoweit kann Hypothese 1 für die Landtagswahlen zwischen 1991 und 2009 bestätigt werden. Bei Landtagswahlen, die im Bundestagswahlkampf liegen, ist der Bundeseinfluss von größerer Bedeutung für die Wahlentscheidung, als wenn keine Bundestagswahlen stattfinden.

Bisherige Analysen deuteten darauf hin, dass der Effekt von gleichzeitigen Wahlen auf das Verhältnis von Bundes- und Landeseinflüssen in unterschiedlichen Ländern variieren könnte. Dies wird durch die Ergebnisse in Tabelle 2 unterstützt, allerdings nicht für die konkreten Einschätzungen der einzelnen Länder. Im Gegensatz zu dem Befund von *Harald Schoen* zeigt sich für Bayern ein deutlicher Effekt der Gleichzeitigkeit von Wahlen. Finden bayerische Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf statt, ist die Differenz zwischen zusätzlicher Erklärungskraft von Landes- und Bundesfaktoren im Durchschnitt um neun Prozentpunkte der Erklärungskraft des Gesamtmodells zugunsten der Bundeseinflüsse verschoben. Ebenfalls ein stärkerer Bundeseinfluss bei Landtagswahlen im Schatten von Bundestagswahlen zeigt sich in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Im Saarland und in Brandenburg lassen die ermittelten Werte eher auf einen stärkeren Landeseinfluss bei gleichzeitigen Wahlen schließen. Interessanterweise un-

45 Die einzelnen Fälle (Partei A bei der Wahl B in Bundesland C) gehen alle mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Alternativ könnten die einzelnen Parteien mit ihrem jeweiligen Wahlergebnis gewichtet werden, um deren Bedeutung bei einer Wahl zu berücksichtigen. Darauf wurde verzichtet, da alle Parteien in den Bundesländern auch separat begutachtet werden.

terscheiden sich die Ergebnisse beider Länder von denen für Thüringen oder auch Sachsen, obwohl alle diese Länder 1994 und 2009 zeitgleich mit den Bundestagswahlen Landtagswahlen abhielten und bei den anderen Landtagswahlen 1999 und 2004 ebenfalls dasselbe bundespolitische Umfeld hatten.

Für Sachsen wurde darauf verwiesen, dass unterschiedliche Effekte für die einzelnen Parteien bestehen könnten. Tatsächlich zeigt sich, dass die Veränderung der Einflussverhältnisse der Ebenen bei gleichzeitigen Bundestagswahlen für die Parteien verschieden ist. Durchweg negative Vorzeichen deuten aber darauf hin, dass auch für jede einzelne Partei gilt, dass der Bundeseinfluss auf das individuelle Wahlverhalten bei Landtagswahlen tendenziell größer war, wenn die Wahl während des Bundestagswahlkampfes stattfand. Allerdings fällt auf, dass dieser Effekt für FDP und Grüne wesentlich deutlicher ist als für die großen Parteien. Die Linke beziehungsweise PDS kann im Zusammenhang mit Landtagswahlen für die untersuchten Fälle als große Partei betrachtet werden, weil sie nur bei den ostdeutschen Landtagswahlen berücksichtigt wurde. Landesparteien, die nur mit geringen Mitteln Wahlkampf führen, gelingt es anscheinend wesentlich schlechter, eigene Akzente zu setzen, wenn die entsprechende Bundespartei sich ebenfalls in einer Kampagne befindet. Damit kann Hypothese 3 als bestätigt angesehen werden.

Möglicherweise stellt die jeweilige Regierungskonstellation, die in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und im Saarland vorlag, eine Ursache für den unterschiedlichen Einfluss paralleler Wahlen dar. Tatsächlich zeigen sich solche Interaktionseffekte. Die Landtagswahlentscheidung zugunsten einer Partei, die an keiner oder nur der Bundesregierung beteiligt ist, wird wesentlich stärker durch den Bundestagswahlkampf beeinflusst. Bei der Wahl dieser Parteien verstärkt die Regierungskonstellation den Effekt paralleler Wahlen. Ist eine Partei aber an der Landesregierung beteiligt, wird der Einfluss gleichzeitiger Wahlen abgeschwächt oder sogar neutralisiert, wenn sie nicht an der Bundesregierung beteiligt ist, so dass auch Hypothese 2 bestätigt ist.

Für die detaillierte Interpretation der Ergebnisse in den Ländern bleibt festzuhalten, dass im Allgemeinen die Wahl kleiner Parteien und von Parteien, die nicht an der Landesregierung beteiligt sind, stärker durch den Bundestagswahlkampf beeinflusst wird.

Die parteispezifischen Ergebnisse in Bayern zeigen (siehe Tabelle 3), dass ein größerer Bundeseinfluss bei allen Parteien außer der SPD vorliegt. Der besonders starke Effekt bei FDP und Grünen stützt die Vermutung, dass die Wahlentscheidung für kleine Parteien mehr als für die großen durch die Bundeskampagnen beeinflusst wird. Allerdings erscheint der Wert für die FDP außergewöhnlich hoch. Bei ihr mag hinzu gekommen sein, dass sie 1994 und 1998 nicht mehr im Landtag vertreten war, was die Aufmerksamkeit gegenüber der Landespartei im Bundestagswahlkampf noch weiter verringert haben könnte. Die SPD weicht von den generellen Mustern ab. Bei einer Partei, die nicht an der Landesregierung beteiligt ist, wäre ein deutlicher Wahlkampfeffekt zu erwarten gewesen.

Bis auf die PDS/Die Linke konnte für keine Partei in Brandenburg die erwartete Wirkung gefunden werden. Ein Blick in die Daten bestätigt die Ergebnisse von *Viktoria Kaina* und *Tilo Görl*, dass bei der Landtagswahl einen Monat vor der Bundestagswahl 1994 die Landeseffekte außergewöhnlich hoch auch im Vergleich zu den Wahlen 1999 und 2004 waren.⁴⁶ Die andersgerichtete Wirkung bei der PDS/Die Linke wäre dann eine Folge der Verfügbar-

46 Vgl. *Viktoria Kaina / Tilo Görl*, a.a.O. (Fn. 20).

Tabelle 2: Effekt des Bundestagswahlkampfes auf Landtagswahlentscheidungen I

Land/Regierung	Partei	Relative Eigenständigkeit LTW	Fälle mit BTW	Fälle ohne BTW
Alle Länder	Alle Parteien	-2,9	61	61
	Union	-2,1	14	15
	SPD	-0,4	14	15
	FDP	-5,8	13	12
	Grüne	-5,0	13	12
	PDS/Linke	-1,4	7	7
Bayern	Alle Parteien	-9,0	8	8
Brandenburg		2,0	9	8
Mecklenburg-Vorpommern		-3,6	13	5
Saarland		2,4	8	12
Sachsen		-1,9	9	8
Schleswig-Holstein		-1,8	4	16
Thüringen		-0,1	10	8
keine Reg		-4,2	32	24
LReg		0,5	2	11
BReg	-3,9	9	18	
LReg und BReg	-0,9	18	8	

Lesebeispiel 1. Zeile: Für alle Länder und Parteien ist im Durchschnitt die Erklärungskraft von Landesfaktoren im Vergleich zu Bundesfaktoren um 2,9 Prozent der Erklärungskraft des Gesamtmodells geringer, wenn Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf stattfanden. In die Analyse gingen 61 Parteiwahlentscheidungen zu Landtagswahlen mit und 61 ohne Bundestagswahlkampf ein.
Quelle: Eigene Berechnungen.

keit der Parteienbewertungen. Die PDS ging 1994 nicht in die Auswertung ein, da für diese Wahl nur auf der Landesebene Werte vorlagen. Insofern sind die abweichenden Ergebnisse für Brandenburg durch die Ausnahmewahl von 1994 verursacht, die der SPD unter *Manfred Stolpe* eine absolute Mehrheit der Stimmen bescherte.

In Mecklenburg-Vorpommern hat entgegen der Einschätzung von *Nikolaus Werz* und *Steffen Schoon* die zeitliche Loslösung von Bundestagswahlterminen tendenziell auch zu einer inhaltlichen Loslösung von der Bundespolitik bei CDU, SPD und Grünen geführt.⁴⁷ PDS/Die Linke und FDP weichen von diesem Muster ab. Bei der Landtagswahl 1994 war die Wahlentscheidung zugunsten der FDP überdurchschnittlich stark landespolitisch bestimmt. Dies könnte eine Folge der Beteiligung der Freidemokraten an der Landesregierung sein, die den Effekt des Bundestagswahlkampfes ausgeglichen haben könnte. Eine ähnliche Ursache könnte der Abweichung bei der PDS/Die Linke zugrunde liegen. Sie war zwischen 1998 und 2002 Koalitionspartner, was sich auch in einem überdurchschnittlich hohen Landeseinfluss auf die Wahlentscheidung für die PDS 2002 abbildet.

Die Befunde der einzelnen Parteien im Saarland entsprechen dem Gesamtergebnis dieses Bundeslandes. Während sich für die CDU ein den Hypothesen entsprechendes Muster zeigt,

47 Vgl. *Nikolaus Werz / Steffen Schoon*, a.a.O. (Fn. 17).

weichen FDP und Grüne deutlich davon ab. Die FDP war 1999 und 2004 nicht im Landtag vertreten, was sich aber nur zum Teil in einem schwächeren Landeseinfluss niederschlägt. Dagegen war der Landeseinfluss auf die individuelle Wahlentscheidung zugunsten der FDP 1994 trotz paralleler Bundestagswahl überdurchschnittlich groß. Mit den vorliegenden Informationen scheint die Abweichung bei SPD, Grünen und FDP nicht aufzuklären zu sein. Möglicherweise stecken aber die bereits erwähnten Umstände der Wahlen 1999 und 2004 dahinter.

Auch in Sachsen ergibt sich ein den allgemeinen Ergebnissen widersprechendes Bild. Die CDU, die als Partei der Landesregierung eigentlich kaum vom Bundestagswahlkampf betroffen sein sollte, unterliegt einem überdurchschnittlichen Bundeseinfluss bei parallelen Wahlen. Lediglich die FDP entspricht dem erwarteten Muster, während die Ergebnisse der anderen Parteien mit den vorliegenden Informationen nicht gedeutet werden können.

Für FDP, Grüne und CDU in Schleswig-Holstein entsprechen die Befunde dem allgemeinen Muster. Während bei FDP und Grünen der Bundeseinfluss überdurchschnittlich groß ist, wird bei der CDU als Landesregierungspartei der Einfluss des Wahlkampfes nahezu nivelliert. Lediglich die SPD weicht vom generellen Erklärungsmuster ab. Die Umstände um das Ende der Großen Koalition im Land, die auch die vorgezogene Neuwahl notwendig machten, könnten hier für den stärkeren Einfluss von Landeseinstellungen bei der gleichzeitigen Wahl 2009 ursächlich gewesen sein.

Die Landtagswahlen in Thüringen zeigen, wie schon die in Sachsen, einen überdurchschnittlichen Bundeseinfluss bei der Entscheidung für die SPD in den Wahlen 1999 und 2004, die nicht parallel zu Bundestagswahlen stattfanden. Auch für die FDP ergibt sich kein höherer Bundeseinfluss in diesem Kontext. Die anderen Parteien bestätigen aber die gefundenen Muster. Grüne und PDS/Die Linke zeigen einen überdurchschnittlich hohen Bundeseinfluss bei parallelen Wahlen, während bei der Thüringer Dauerregierungspartei CDU der Effekt durch den Bundestagswahlkampf nivelliert wird.

Die Hypothese, dass es einen stärkeren Bundeseinfluss auf das individuelle Landtagswahlverhalten gibt, wenn Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf stattfinden, kann für alle Parteien und Bundesländer außer Brandenburg und das Saarland tendenziell bestätigt werden. Bei kleinen Parteien ist dieser Effekt deutlicher. Im Speziellen weisen aber Abweichungen auf Heterogenität bei den Parteien in einzelnen Ländern hin, für die auch ad hoc nicht immer Ursachen gefunden werden können. Die teilweise schwer erklärbaren Differenzen zum allgemeinen Erklärungsmuster können sowohl durch die geringe Fallzahl erklärt werden, die eine Berücksichtigung der Regierungskoalition verhindert und bei der Ausreißer das Ergebnis zu einer Partei in einem Bundesland maßgeblich prägen können, als auch durch die Sparsamkeit der berechneten Modelle. Insofern erscheinen die Abweichungen nicht als Widerspruch zur Regel, sondern sind eher eine weitere Bestätigung der Komplexität von Landtagswahlentscheidungen im deutschen Mehrebenensystem.

7. Fazit: Eigenständigkeit von Landtagswahlen durch den Bundestagswahlkampf beeinträchtigt

Trotz Ambivalenz zeigt sich ein deutliches Muster, wie der Bundestagswahlkampf die Wählerentscheidungen bei Landtagswahlen beeinflusst. Alle Hypothesen konnten tendenziell bestätigt werden. Finden Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf statt, dann ist in der

Tabelle 3: Effekt des Bundestagswahlkampfes auf Landtagswahlentscheidungen II

Land	Partei	Relative Eigenständigkeit LTW	Fälle mit BTW	Fälle ohne BTW
Bayern	CSU	-3,2	2	2
	SPD	0,6	2	2
	FDP	-23,9	2	2
	Grüne	-9,6	2	2
Brandenburg	CDU	4,0	2	2
	SPD	1,9	2	2
	FDP	6,8	2	1
	Grüne	4,2	2	1
	PDS/Linke	-1,1	1	2
Mecklenburg-Vorpommern	CDU	-5,7	3	1
	SPD	-12,2	3	1
	FDP	2,3	2	1
	Grüne	-6,0	2	1
	PDS/Linke	1,5	3	1
Saarland	CDU	-3,1	2	2
	SPD	0,7	2	2
	FDP	6,9	2	2
	Grüne	5,2	2	2
Sachsen	CDU	-3,0	2	2
	SPD	6,0	2	2
	FDP	-12,6	2	1
	Grüne	0,2	2	1
	PDS/Linke	-0,1	1	2
Schleswig-Holstein	CDU	-0,2	1	4
	SPD	2,4	1	4
	FDP	-2,1	1	4
	Grüne	-7,2	1	4
Thüringen	CDU	-0,5	2	2
	SPD	2,2	2	2
	FDP	6,1	2	1
	Grüne	-5,1	2	1
	PDS/Linke	-4,7	2	2

Lesebeispiel 1. Zeile: Für die CSU in Bayern ist im Durchschnitt die Erklärungskraft von Landesfaktoren im Vergleich zu Bundesfaktoren um 3,2 Prozent der Erklärungskraft des Gesamtmodells geringer, wenn Landtagswahlen im Bundestagswahlkampf stattfanden. In die Analyse gingen 2 Parteiwahlentscheidungen zu Landtagswahlen mit und 2 ohne Bundestagswahlkampf ein.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Regel der Bundeseinfluss auf das individuelle Wahlverhalten überdurchschnittlich groß. Zwei Effekte moderieren diesen Einfluss. Für Parteien der Landesregierung ist die Wirkung des Bundestagswahlkampfes deutlich abgeschwächt bis vollständig nivelliert. Landesverbänden kleiner Parteien gelingt es offenbar schlechter, sich von den jeweiligen Bundesparteien abzuheben, wenn Bundestagswahlen stattfinden. Zwar bestätigen sich teilweise die bisherigen Befunde zur Einzigartigkeit jeder Landtagswahl, aber mit dem Bundestagswahlkampf wurde eine neue Variable mit systematischem Einfluss auf die individuelle Landtagswahlentscheidung gefunden, und für die Regierungskonstellation und die Größe der Parteien konnten bisherige Befunde präzisiert werden.

Auch wenn die Ergebnisse keine Aussage darüber zulassen, wer genau von zusammenfallenden Wahlen bisher profitierte, so ist doch die grundlegende Frage angebracht, ob ein verstärkter Bundeseinfluss oder eher eine weitgehende Eigenständigkeit von Landtagswahlen politisch gewollt ist. Tabelle 1 legt nahe, dass das mittlerweile regelmäßig auftretende Szenario paralleler Wahlen vor 1990 nur als Ausnahmeereignis bedingt durch vorgezogene Neuwahlen vorkam. Durch die Verlängerung der Wahlperioden in den meisten Bundesländern auf fünf Jahre könnte es in Zukunft immer häufiger dazu kommen, dass Landtagswahlen systematisch im Bundestagswahlkampf stattfinden. Dadurch würde ihre Eigenständigkeit zumindest graduell beeinträchtigt. Insofern sollten die gefundenen Muster bei zukünftigen Koordinierungsversuchen von Wahlterminen berücksichtigt werden.

Die Bedeutung bestimmter Ministerien, Geschäftsbereiche und Politikfelder für die Parteien in den deutschen Bundesländern

Eric Linhart und Jana Windwehr¹

Zu den am besten empirisch abgesicherten Erkenntnissen der quantitativen Koalitionsforschung gehört *William A. Gamsons*² Hypothese, dass Parteien die in Koalitionsregierungen zu verteilenden Ämter proportional zu ihren Sitzstärken im Parlament aufteilen. Da dies auch die höchst plausible Vermutung in der politischen Alltagswelt ist, bestätigt sich seine Hypothese in zahlreichen Untersuchungen – wenig überraschend – sowohl im internationalen Vergleich³ als auch speziell für deutsche Koalitionsregierungen auf Bundes- und Lan-

- 1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Ämter- und Policy-Motivation von Parteien bei der Bildung von Koalitionsregierungen“. Die Autoren danken der DFG für die finanzielle Förderung. Dank gilt ebenfalls *Johannes Raabe* für seine Unterstützung bei der Datenaufbereitung sowie der Redaktion der Zeitschrift für Parlamentsfragen für wertvolle Verbesserungsvorschläge.
- 2 Vgl. *William A. Gamson*, A Theory of Coalition Formation, in: *American Sociological Review*, 26. Jg. (1961), H. 3, S. 373 – 382.
- 3 Vgl. *Eric C. Browne* / *John P. Frendreis*, Allocating Coalition Payoffs by Conventional Norm: An Assessment of the Evidence from Cabinet Coalition Situations, in: *American Journal of Political Science*, 24. Jg. (1980), H. 4, S. 753 – 768; *Paul V. Warwick* / *James N. Druckman*, Portfolio Salience and the Proportionality of Payoffs in Coalition Governments, in: *British Journal of Political*